

# MONITOR

NACHHALTIGKEIT NR. 01 / 2022

## „Zeitenwende“ für Nachhaltigkeit?

---

### Auswirkungen des Ukraine-Krieges

*André Algermißen, Gisela Elsner, Veronika Ertl, Moritz Fink, Kevin Oswald, Sabina Wölkner*

- › Die außen- und sicherheitspolitische „Zeitenwende“ durch die russische Invasion in der Ukraine zieht auch Neubewertungen in Bereichen der nachhaltigen Entwicklung nach sich.
- › Einseitige Abhängigkeiten bei Rohstofflieferungen und Nahrungsmittelversorgung müssen behoben und dabei Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit gleichermaßen angestrebt werden.
- › Für die Umsetzung des EU Green Deal könnte sich durch die Auswirkungen des Krieges der Bedarf einer Flexibilisierung zumindest der zeitlichen Zielvorgaben ergeben.
- › Multilaterale Organisationen müssen gerade jetzt durch notwendige Reformen gestärkt werden, nicht zuletzt im Bereich globale Gesundheit.
- › Den Ländern des Globalen Südens kommt eine Schlüsselrolle bei der Lösung von Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung zu. Daher muss die wachsende Entfremdung zwischen diesen Ländern und den westlichen Industriestaaten überwunden werden.
- › Die konsequente Verfolgung der Nachhaltigkeitstransformation ist im Sinne der Resilienzbildung für Natur, Wirtschaft und Gesellschaft Teil der Lösung, nicht des Problems.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Die Folgen des Krieges: Trends und Entwicklungen</b>	<b>2</b>
Energieversorgung und Klimaschutz .....	3
Umwelt .....	5
Landwirtschaft und Ernährungssicherheit .....	6
Gesundheit .....	7
Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe .....	8
<b>Fazit</b>	<b>10</b>
<b>Impressum</b>	<b>15</b>
Die Autorinnen und Autoren .....	15

### Die Folgen des Krieges: Trends und Entwicklungen

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine stellt nicht nur eine eklatante Verletzung der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Ukraine dar. Russland führt den Invasionskrieg auch mit massiver Härte und Brutalität gegen die Zivilbevölkerung und verstößt damit gegen die Genfer Konvention, deren zentrales Prinzip der Schutz der nicht-kämpfenden Bevölkerung ist.

Dieser beispiellose Krieg im Europa des 21. Jahrhunderts beendet die auf dem Kontinent seit dem Ende des Ost-West-Konflikts geltende Friedensarchitektur und löst in Deutschland und der EU eine Neujustierung der Sicherheits- und Außenpolitik aus. Während diese Neujustierung mit der Rede des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022 hierzulande eingeleitet wurde und - mit dem Begriff der „Zeitenwende“ verknüpft - sich vor allem auf den Aufbau und Ausbau der eigenen verteidigungspolitischen Kapazitäten und die Überwindung von Deutschlands Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland konzentriert, könnte Russlands Invasion jedoch auch eine Neubewertung in anderen Bereichen nach sich ziehen.

Ob Klimaschutz, Globale Gesundheit, Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung oder Entwicklungszusammenarbeit - während die Diskussionen vor dem Krieg weitgehend durch das Prisma der Corona-Pandemie projiziert und geführt wurden, wandelt sich nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine diese Perspektive: selbst wenn die Auseinandersetzung über die *Covid lessons learnt* nicht vorzeitig beendet wird, dann ergeben sich durch die erkennbar werdenden neuen Prämissen in der Sicherheits- und Außenpolitik zumindest andere Schwerpunkte.

Zwar sind die Folgen des Krieges auf die einzelnen Themenfelder noch nicht in Gänze absehbar, weil die kriegेरischen Handlungen Russlands in der Ukraine in voller Härte andauern und die Lage sich dynamisch weiterentwickelt, aber einige Trends zeichnen sich ab, die im Folgenden für die ausgewählten Themen skizziert werden, um im Anschluss daran ein vorläufiges Fazit zu ziehen.

## Energieversorgung und Klimaschutz

Als Reaktion auf Russlands Angriffskrieg in der Ukraine hat die Europäische Union bisher vier Sanktionspakete angenommen. Zu nennen wäre vor allem der Ausschluss von russischen und belarussischen Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT. Gleichzeitig hat die EU alle Transaktionen mit der russischen Zentralbank untersagt. Vor dem Hintergrund der Gräueltaten der russischen Armee gegen die zivile Bevölkerung in Butscha und weiteren Orten in der Ukraine hat die EU jüngst ein weiteres Sanktionspaket beschlossen, welches erstmalig ein Embargo gegen Kohle aus Russland umfasst.<sup>1</sup> Davon ausgenommen sind allerdings weiterhin Öl- und Gaslieferungen. Doch je länger der Krieg dauert, umso höher wird der Druck auf die EU und Deutschland, ein umfassendes Energieembargo zu beschließen, um dem Kreml die Finanzierung des Kriegs zu erschweren. Schätzungen zufolge erzielte Russland 2021 Einnahmen von ca. 180 Milliarden US-Dollar durch den Verkauf von Erdöl sowie ca. 60 Milliarden US-Dollar durch Erdgasexporte. Die Einnahmen, die aus den Kohlelieferungen in die EU stammen, belaufen sich auf lediglich 8 Milliarden Euro.<sup>2</sup>

Während in der Diskussion über die möglichen sozioökonomischen Auswirkungen eines solchen Gesamtenergieembargos dessen Befürworter in Deutschland betonen, dass Russland damit die Mittel für die weitere Finanzierung des Krieges entzogen, der wirtschaftliche Schaden gleichzeitig verkraftbar und darüber hinaus ein wichtiges Signal der Solidarität mit der Ukraine gesetzt werden würde, befürchten Skeptiker angesichts des hohen Abhängigkeitsgrads der deutschen Industrie von russischen Energieträgern schwerwiegende Folgen und sogenannte Kaskaden-Effekte, die eine Art „Kernschmelze“ im Industriesektor und eine Vielzahl an Unternehmenspleiten sowie einen deutlichen Rückgang des BIP verursachen könnten.

Diese Angst ist nicht unbegründet: Russland ist Deutschlands wichtigstes Einfuhrland für Erdgas, Rohöl und Steinkohle. Mehr als die Hälfte (51 %) aller deutschen Erdgasimporte stammten 2019 aus dem flächenmäßig größten Land der Erde. Insgesamt importiert Deutschland laut Bundesumweltamt rund 70 % seines Energieaufkommens. Gleichzeitig sollte nicht übersehen werden, dass Deutschlands Wirtschaft mit den Nachbarstaaten vernetzt ist und ein Importstopp auch negative Auswirkungen auf bspw. Ungarn oder die Slowakei hätte, die noch abhängiger von russischen Gaslieferungen sind als Deutschland. Russland ist mit Abstand der wichtigste Exporteur von fossilen Energieträgern – Gas, Öl und Kohle – in die EU. Laut dem Gasmarkt-Report der EU-Kommission belief sich der Anteil des russischen Pipeline-Gases im 3. Quartal 2021 auf 41 % der Gesamtimportmenge an in die EU eingeführtem Erdgas.

Fest steht jedoch, dass die EU mittelfristig von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig gemacht werden soll. Abgesehen von den bisher verhängten Sanktionen und Maßnahmen gegen Moskau hat die Kommission Anfang März 2022 ihren „REPowerEU“ Plan präsentiert, mit dem sie sich deutlich vor dem Jahr 2030 vollständig von russischen Energielieferungen befreien möchte.<sup>3</sup> Diese Krisenbewältigung könnte zu einer Priorisierung derjenigen Projekte des „Fit-for-55“-Pakets<sup>4</sup> führen, die insbesondere den Ausbau von erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff beschleunigen sollen.

Vor der Drohkulisse, dass auch Moskau infolge einer weiteren Eskalation des Konflikts selbst „den Gashahn zudrehen könnte“, ist Deutschland bereits dabei, möglichst schnell Weichenstellungen vorzunehmen, um russisches Erdgas zu substituieren und eine potenzielle Versorgungslücke für

den Winter 2022/23 zu schließen. So bemüht sich die Bundesregierung, die Abhängigkeitsstrukturen einerseits durch neue Energiepartnerschaften und weitere Diversifizierung der Energieversorgung, etwa durch eine Umstellung auf Flüssiggasimporte, zu überwinden. Andererseits soll dies durch den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien gelingen.

Mit dem Emirat Katar wurde deshalb eine Energiepartnerschaft vereinbart, mit der u.a. sichergestellt werden soll, dass die beschlossenen ersten deutschen LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven nach Fertigstellung (in schätzungsweise 3-5 Jahren) auch beliefert werden. Auch kurzfristig soll Katar, der größte Flüssiggasproduzent der Welt, ebenso einspringen wie die USA, welche bereits zugesagt haben, in diesem Jahr zusätzliche 15 Milliarden Kubikmeter Gas nach Europa zu liefern.<sup>5</sup>

Diese Vorkehrungen sind für die Energieversorgungssicherheit in einer solchen Krise zwar relevant, sie werden gleichzeitig die weltweit hohe Nachfrage nach dem begehrten Energieträger allerdings weiter anheizen. In Asien stellt man sich deshalb bereits auf weiter anziehende Preise für Flüssiggas und eine Art von „LNG winter competition“ mit den Europäern spätestens ab dem kommenden Herbst ein. Chinas LNG-Importe erreichten im Jahr 2021 eine Gesamtmenge von 79 Millionen Tonnen, womit das Land Japan als bis dato größten LNG-Importeur überholte.<sup>6</sup>

Zusätzlich soll mit Hilfe eines anderen Golfstaates, den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Produktion und der Import von grünem Wasserstoff – einem Energieträger, der die Dekarbonisierung schwierig zu elektrifizierender Bereiche wie der Stahl- oder Chemieindustrie gewährleisten soll – angekurbelt werden. Dieser als derzeit noch sehr kostenintensiv erachtete Energieträger könnte durch die explodierenden Erdgaspreise deutlich früher als ursprünglich angenommen die führende Rolle bei der Dekarbonisierung der Industrie auf dem Weg hin zu Deutschlands Klimaneutralität bis 2045 übernehmen.<sup>7</sup>

Auch wenn diesen Bemühungen der Bundesregierung der beispiellose und unbegründete russische Angriffskrieg zugrunde liegt, der ein rasches Handeln erfordert, ist offen, wie nachhaltig ein massiver Ausbau der Energieimporte aus den Golf-Autokratien ist. Um nach der Überwindung der Abhängigkeit von russischen Energieträgern nicht vom „Regen in die Traufe“ zu geraten, sollten die weiteren Anstrengungen für eine diversifizierte Energieversorgung unternommen werden, um so die Risiken breiter zu streuen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, inwiefern der rasche und berechtigte Bedarf an einem höheren Maß an Versorgungssicherheit in Deutschland mit dem Erreichen der Klimaschutzziele vereinbart werden kann. Es zeichnet sich ab, dass die Bemühungen Deutschlands und der EU hinsichtlich der rapiden Verringerung ihrer Energieimportabhängigkeit auch zu klima- und umweltpolitischen Abstrichen führen könnten, da für die Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung die Verlängerung der Laufzeiten von Kohlekraftwerken in Erwägung gezogen wird. Während in Deutschland nun auch die letzten verbleibenden drei Kernkraftwerke zum Jahresende abgeschaltet werden könnten, erlebt die Kernkraft in anderen Teilen Europas eine Art „Renaissance“. So plant etwa Belgien, den für 2025 geplanten Atomausstieg aus Gründen der Versorgungssicherheit und Energiepreisstabilität um zehn Jahre zu verschieben.<sup>8</sup> In Tschechien wurde jüngst ein Neubauprojekt für einen Meiler ausgeschrieben, der im Jahr 2036 in Betrieb gehen soll und dessen Baukosten auf knapp 6,5 Milliarden Euro geschätzt werden<sup>9</sup>, und auch Polen plant als insgesamt 15. EU-Staat den baldigen Einstieg in die friedliche Nutzung der Atomenergie.

Mit Blick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft bereitet die durch rasant steigende Energiepreise befeuerte Inflation vielen Ökonomen zudem weitere Sorgen. So könnte auch nach Kriegsende eine Phase niedrigen Wachstums bei gleichzeitig hoher Inflation drohen.<sup>10</sup> Von einem „neuen Zeitalter der Energieinflation“ sprach EZB-Direktoriumsmitglied Isabel Schnabel. Der Ukrainekrieg verdeutliche noch einmal die verhängnisvollen Folgen der Abhängigkeit des Westens von fossilen Energieträgern. Zu unterscheiden sei bei der Energieinflation konkret zwischen „Klimaflation“, „Fossilflation“ und „Greenflation“. Als „Klimaflation“ beschrieb die Ökonomin die preistreibenden Folgen des Klimawandels selbst, als „Fossilflation“ die anziehenden Preise von Öl und Gas und als „Greenflation“ die Kosten der grünen Transformation.<sup>11</sup>

## Umwelt

Russlands Angriffskrieg in der Ukraine und das brutale Vorgehen der russischen Armee gegen die dortige Zivilbevölkerung bringen unermessliches Leid über die Menschen. Die Gräueltaten an den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sichtbare und mutwillige Zerstörung von Wohnraum, öffentlicher Infrastruktur und Kulturgut in der Ukraine stehen daher berechtigterweise im Fokus der Aufmerksamkeit. Dies sollte jedoch nicht vergessen machen, dass bewaffnete Auseinandersetzungen auch die Umwelt im Kriegsgebiet und darüber hinaus schädigen, die wiederum für Mensch und Tier unmittelbare Schäden bringen, aber mittel- und langfristig auch Gefahren für die Gesundheit und das Wohlergehen bergen können.

Nicht ohne Grund sind daher im sogenannten Umweltkriegsübereinkommen von 1976<sup>12</sup> – zu dessen Vertragsparteien auch Russland und die Ukraine zählen – sowie in im 1. Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention<sup>13</sup> Kriegsformen mit umweltverändernden Techniken mit „langanhaltenden oder schweren Auswirkungen“ verboten. Dazu zählen militärische Eingriffe in die natürlichen Kreisläufe der Umwelt. Allerdings besteht für die Ahndung entsprechender Vergehen seit jeher ein Durchsetzungsproblem.

Am greifbarsten wird die Brisanz von Umweltschäden durch den Krieg derzeit in der Sorge vor Angriffen auf Kernkraftanlagen in der Ukraine oder vor der Beschädigung des Sarkophags über der Ruine des Kernkraftwerks Tschernobyl, in dem sich 1986 der bisher weltweit schwerste Atomunfall bei der zivilen Nutzung der Kernenergie ereignete. Durch Waldbrände und das Ausheben von Gräben sollen dort bereits Radioaktivität freigesetzt und russische Soldaten durch Strahlung geschädigt worden sein.<sup>14</sup> Selbst wenn dieses wohl schlimmste Szenario nicht eintritt, werden durch kriegsgerische Handlungen und Schadstoffe aus Bomben und anderen Waffen sowie Angriffe etwa auf Stahlwerke, Munitionsfabriken und Raffinerien jedoch Böden verseucht, (Grund-)Wasser verunreinigt und Wälder niedergebrannt, von den immensen CO<sub>2</sub>-Emissionen von Kriegsfahrzeugen einmal abgesehen.<sup>15</sup> Die Dokumentation dieser Schäden während des Krieges ist kaum möglich, was den Nachweis der tatsächlichen Auswirkungen auf die Ökosysteme wie auch Warnungen an die betroffene Bevölkerung erschwert. Wie sich in der Ostukraine bereits seit Beginn der Kämpfe 2014 gezeigt hat, haben die bewaffneten Konflikte schwerwiegende Umweltfolgen: die Vergiftung von Trinkwasserquellen verursacht Krankheiten; hinzu kommen negative Auswirkungen auf Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung. Mit der Intensivierung und zunehmenden Dauer der kriegsgerischen Handlungen innerhalb des Landes ist zu befürchten, dass immer mehr Teile der Natur und Umwelt in der Ukraine in Mitleidenschaft gezogen werden und die Gefahr von Krankheiten und Verseuchung sowie dauerhafte ökologische Belastung von Böden und Nahrung für die unmittelbare Bevölkerung wie auch für die Menschen in den benachbarten Regionen wächst.

## Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

So bedroht der aktuelle Krieg einerseits die Lebensmittelversorgung der Ukrainerinnen und Ukrainer, sowohl durch die erwähnten Umweltschäden, als auch, weil wegen der kriegerischen Handlungen Saatgut nicht ausgebracht werden kann. Die Landwirtschaft ist andererseits jedoch weltweit vom Krieg betroffen, da Russland und die Ukraine einen großen Einfluss auf die Agrarmärkte haben und Lieferketten unterbrochen werden: So entfallen auf beide Länder rund ein Drittel der weltweiten Weizenexporte, 19 Prozent der Maisexporte und 80 Prozent der Sonnenblumenölexporte.<sup>16</sup> Durch den Krieg werden Handelswege blockiert, beispielsweise der Schwarzmeerhafen in Odessa, und landwirtschaftliche Infrastruktur zerstört. Gleichzeitig werden sich die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland auf dem Agrarmarkt bemerkbar machen. Die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher werden die Auswirkungen bei zukünftigen Einkäufen feststellen: Engpässe bei Sonnenblumenöl sind nicht ausgeschlossen und die Fleischpreise könnten weiter ansteigen.<sup>17</sup> Neben den hohen Strom- und Energiepreisen sind auch die Futtermittelpreise in der Nutztierhaltung gestiegen. Insbesondere aus der Ukraine werden große Mengen an Futtermais importiert. Es scheint zunehmend wahrscheinlich, dass sich diese Entwicklungen in den Fleischpreisen des Einzelhandels niederschlagen werden. Die Unterbrechung der Produktion und der Exporte von Weizen, Soja, Raps aus der Ukraine könnte die Lebensmittelpreise über ihr derzeitiges Zehn-Jahres-Hoch treiben, warnt das Welternährungsprogramm.<sup>18</sup> Eine Versorgungskrise wird es in Deutschland und der Europäischen Union aufgrund der hohen Selbstversorgung vermutlich nicht geben. Unweigerlich davon betroffen wären aber vor allem Staaten, die besonders auf Importe aus der Ukraine angewiesen sind, wie die Maghreb-Staaten, Länder des Nahen und Mittleren Ostens und ostafrikanische Staaten wie Eritrea, Äthiopien, Jemen.<sup>19</sup> Nach Einschätzung von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze könnten nun weitere 8 bis 13 Millionen Menschen durch den Krieg in den Hunger getrieben werden.<sup>20</sup>

Vor diesem Hintergrund darf die sicherheitspolitische Dimension, die aus Versorgungsengpässen außerhalb Europas resultiert, nicht vernachlässigt werden: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass steigende Lebensmittelpreise konfliktverschärfend wirken können. Einer der Hauptgründe für die sozialen Unruhen, die zu den politischen Dynamiken und Entwicklungen im Rahmen des Arabischen Frühlings 2011 beitrugen, lässt sich beispielsweise in der Weizenknappheit in mehreren Staaten der Region verorten. Die Abhängigkeit ist weiterhin hoch: Ägypten bezieht rund 80 Prozent seines Weizenbedarfs aus Russland und der Ukraine.<sup>21</sup> Sollten die Weizenpreise durch den Ukraine-Krieg weiter steigen, lässt sich nicht ausschließen, dass eine Destabilisierung der Region entstehen könnte, die auch in Konflikte und neue Fluchtbewegungen mündet.<sup>22</sup> Besorgniserregend ist zudem, dass China über die Hälfte des weltweit eingelagerten Getreides verfügt und dieses nun gezielt in Afrika als Machtinstrument verwenden könnte, um so den Zugang zu Afrikas Rohstoffen weiter auszubauen und seinen politischen Einfluss zu festigen.<sup>23</sup>

Der Krieg in der Ukraine hat anlehnend an die proklamierte sicherheitspolitische „Zeitenwende“ auch zu einer Debatte über einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik geführt: Die Erträge müssen gesteigert werden, um die Lebensmittelversorgung sicherzustellen. Geplante Regelungen der *Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)* ab 2023, beispielsweise die Stilllegung von vier Prozent der Flächen für den Klima- und Umweltschutz, könnten folglich zur Disposition stehen. Eine zeitliche Verschiebung der reformierten GAP steht ebenfalls zur Diskussion. Unklar ist auch, ob der *European Green Deal* in seiner ursprünglichen Form realisierbar ist. Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans betonte zwar, dass eine Lockerung der Zielvorgaben des Green Deals nicht geplant sei.<sup>24</sup> Bei einer weiteren Verschärfung der Krise auf den Agrarmärkten ist jedoch anzunehmen, dass die Europäische Kommission eine Nachjustierung nicht vermeiden kann.

Insbesondere der in der *Farm-to-Fork-Strategie* festgelegte Zeitplan, den ökologischen Landbau bis 2030 auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen, wird kaum umsetzbar sein. Gleichzeitig könnte sich das Datum für die Verringerung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln verschieben.

## Gesundheit

Die völkerrechtswidrige Invasion Russlands in die Ukraine hat zudem massive Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung. Dies betrifft sowohl die Bevölkerung des Landes als auch die internationalen Bemühungen um eine verbesserte Zusammenarbeit zur Pandemieprävention in der Folge der Erfahrungen mit Covid-19.

Im öffentlichen Diskurs vor allem in Deutschland, aber auch in europäischen Nachbarstaaten, bestimmte bis zum russischen Überfall auf die Ukraine der Umgang mit dem nach wie vor weltweit grassierenden Corona-Virus die Debattenlandschaft. Vorschläge, wie beispielsweise die Früherkennung bei Pathogenen oder eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Ländern (Austausch von Daten) gelingen kann, sollten im politischen Raum eruiert werden. In der Weltgesundheitsorganisation (WHO) trat Ende Februar das erste Mal ein Verhandlungsgremium auf Ebene der nationalen Regierungen zusammen, welches mit der Aushandlung eines internationalen Instruments zur Stärkung der Pandemieprävention und -reaktion betraut wurde. Parallel dazu sollen die internationalen Gesundheitsvorschriften einer Überarbeitung unterzogen und Vorschläge zur nachhaltigen Finanzierung der WHO unterbreitet werden.<sup>25</sup> Hierfür schien der Moment geeignet – getreu dem Motto „*never let a pandemic go to waste*“ -, um auf der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2022 erste Ergebnisse zu präsentieren. Dieser Versammlung wird hohe Bedeutung beigemessen, da die zukünftige Handlungsfähigkeit der WHO maßgeblich von einer soliden und nachhaltigen finanziellen Basis und vor allem Planungssicherheit abhängig ist – und genau hierfür es den Willen und die Bereitschaft der einzelnen Mitgliedstaaten braucht, die WHO fortan stärker zu unterstützen. Ob das gelingt, ist allerdings offen, da die gesundheitspolitischen Prioritäten, ausgelöst durch die russische Invasion, derzeit berechtigterweise auf der humanitären Unterstützung der Ukraine liegen.<sup>26</sup>

Da gleichzeitig in Deutschland in den kommenden Monaten die Diskussion über die Neuausrichtung der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik im Vordergrund stehen könnte, besteht zudem die Gefahr, dass die erhoffte „Corona-Dividende“ nicht zuletzt durch die überlagernde „Corona-Müdigkeit“ und anschließend den Ukraine-Krieg nicht eingestrichen werden kann, und das Momentum für Lehren aus der Pandemie für eine an Resilienz orientierte und damit nachhaltigere Gesundheitspolitik ungenutzt verstreicht bzw. nicht vollständig ausgeschöpft wird.

Anzeichen dafür liefert der von der Ampel-Regierung jüngst vorgelegte Entwurf für den Bundeshaushalt, der eine Umverteilung staatlicher Ausgaben zu Lasten der internationalen Gesundheitsbereiche bereits erkennen lässt. Traditionell sparen Staaten bei höher anfallenden Kosten für inländische Projekte und Prioritäten an ihren Beiträgen für multilaterale Organisationen, die z.B. nicht vom Pflichtbetrag erfasst werden. Konkrete Ambitionen der WHO, wie beispielsweise die Stärkung der internationalen Gesundheitsarchitektur durch neue Rechtsinstrumente oder eine grundlegend bessere finanzielle Ausstattung durch neue Finanzierungsmechanismen, könnten so jedoch unfreiwillig untergraben werden.

Es bleibt deswegen zu hoffen, dass die so wichtigen strukturellen Reformen auf Ebene der WHO aufgrund der aktuellen Verschiebungen nicht in den Hintergrund geraten, sondern weiterhin zielorientiert verfolgt werden. Deutschland sollte dabei seine G7-Präsidentschaft für die Aufarbeitung der Erfahrungen aus Corona adäquat nutzen und weiterhin in den Aufbau einer

weltweit resilienteren Gesundheitsarchitektur investieren. Dies schließt eine verbesserte Versorgung in Kriegsgebieten mit ein.

Denn auch im ukrainischen Kriegsgebiet zeigt sich exemplarisch die Bedeutung und die Anfälligkeit medizinischer Versorgung in trauriger Anschaulichkeit: russische Angriffe erfolgen verstärkt auch auf zivile Ziele. So geraten vor allem medizinische Gesundheitseinrichtungen in den Fokus von russischen Attacken und Zerstörungen.<sup>27</sup> Ebenfalls exemplarisch und traurig zugleich hierfür gilt der russische Luftangriff auf eine Geburtsklinik in der belagerten Stadt Mariupol. Das größte Insulinlager des Landes soll zudem von russischer Seite zerstört worden sein. Dabei steht fest, dass sowohl das Gesundheitspersonal, als auch Krankenhäuser und andere Einrichtungen niemals Ziel von Angriffen sein dürfen und diese weiterhin in der Lage sein müssen, den Gesundheitsbedarf der Bevölkerung zu decken.<sup>28</sup> Der Schutz der Zivilbevölkerung ist eine Verpflichtung des humanitären Völkerrechts.

Eine Gewährleistung von medizinischer Versorgung wird in dem Land zunehmend dramatischer und das zu einem Zeitpunkt, zu dem das ukrainische Gesundheitswesen ohnehin bereits durch die Corona-Pandemie mit einer immensen Herausforderung konfrontiert war. Mitte Februar – kurz vor der russischen Invasion – erreichten die täglichen Corona-Infektionszahlen einen neuen Höhepunkt.<sup>29</sup> Die unmittelbare Versorgung von (Covid)-Patienten<sup>30</sup> kann so in der Ukraine nicht mehr sichergestellt werden, denn die geringen verfügbaren medizinischen Kapazitäten werden aktuell bei der Behandlung von akuten Verletzungen in Folge des Krieges benötigt. Auch nähert sich die Sauerstoffversorgung einem „sehr gefährlichen Punkt“, da die Lieferketten innerhalb des Landes weitestgehend zusammengebrochen sind. Generell sind kritische Krankenhausdienste durch Strom-, Energie-, sowie Personalengpässe stark beeinträchtigt, wodurch das Risiko und die Gefahr für Patienten erheblich steigen.<sup>31</sup>

### Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Bereits jetzt erkennbar ist die Erschwerung der Arbeit im Bereich der humanitären Hilfe – nicht nur in der Ukraine, wo diese durch laufendes Kriegsgeschehen und russische Angriffe unter schwersten Bedingungen stattfindet. Durch die stark steigenden Preise für Weizen, Energie und andere Güter steigen die laufenden Kosten für die Bereitstellung von Hilfsgütern dramatisch an. Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), das vor dem Krieg rund 50 Prozent seiner Weizen-Lieferungen aus der Ukraine erhielt, geht davon aus, dass die Kostenzunahme für seine Programme durch gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise bei rund 29 Millionen USD pro Monat liegen wird.<sup>32</sup> Bereits vor dem Krieg mussten aufgrund gestiegener Preise und mangelnder Finanzierung beispielsweise im Kriegsland Jemen Rationen für Menschen in Ernährungsunsicherheit gestrichen werden. Diese Situation wird sich laut aktuellen Einschätzungen in den kommenden Monaten noch deutlich verschlimmern.

Darüber hinaus schaffen die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine massive zusätzliche Bedarfe für humanitäre Hilfe sowie später für den Wiederaufbau und die Aufholung zunichte gemachter Entwicklungserfolge. Viele Geber – unter anderem auch Deutschland – haben zusätzliche Mittel für die Unterstützung der Ukraine angekündigt. Der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenschutz betont, dass die zusätzlichen Mittel für humanitäre Hilfe der EU in Höhe von 90 Mio. EUR nicht aus anderen Krisenkontexten abgezogen werde, sondern es sich um frisches Geld handele.<sup>33</sup> Nichtsdestotrotz wachsen die Sorgen, dass sich eine Konkurrenz des Ukraine-Kontexts mit anderen Empfängern von Mitteln für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit ergibt. So weist Oxfam darauf hin, dass einige Geberländer bereits teils drastische Kürzungen ihrer Entwicklungsmittel angekündigt haben, im Fall von Burkina Faso laut Berichten bis zu 70 Prozent.<sup>34</sup>

Diese Entwicklung trifft dabei auf ein internationales System, insbesondere im Bereich der humanitären Hilfe, das bereits jetzt massiv unterfinanziert ist. So wurden erst im März 2022 bei einer Konferenz zur Hilfe für Jemen lediglich 1,3 Milliarden USD statt der dringend benötigten 4,27 Milliarden USD zugesagt.<sup>35</sup>

Auch hinsichtlich der längerfristigen Entwicklungsbudgets, die in vielen Staaten infolge der gewachsenen Unterstützungsbedarfe für die eigenen Wirtschaften und Bevölkerungen ohnehin sinken, ergibt sich durch die Auswirkungen des Kriegs das Risiko weiterer Einsparungen. Mehrere Faktoren tragen hierzu bei: Erstens werden in Geberländern durch höhere Ausgaben für militärische Unterstützung an anderen Stellen des Haushalts Mittel eingespart werden müssen. Der aktuelle Haushaltsentwurf der deutschen Bundesregierung zeigt, dass diese Einsparungen auch den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit treffen. Dabei dürfen genau vor dem Hintergrund zahlreicher Krisen weltweit Partnerschaften und Instrumente zur Konfliktvermeidung, Stabilisierung und Stärkung von Strukturen in Partnerländern jetzt nicht zu kurz kommen. Zweitens werden die Staatshaushalte der Geberstaaten, die durch die Pandemiebekämpfung bereits angespannt sind, durch steigende Energiepreise und die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise zusätzlich belastet, worunter der Spielraum und Wille zur Verausgabung von hohen Budgets für internationale Zusammenarbeit sinken könnte. Und drittens können Staaten sich laut OECD-Regeln die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine – laut Schätzungen rund 30 Milliarden USD pro Jahr – auf ihre Entwicklungsausgaben anrechnen und damit entsprechende Zielvorgaben wie das 0,7 Prozent-Ziel nachweisen, obwohl die Mittel für die Unterstützung der Partnerländer de facto sinken.

Gleichzeitig dürfen die direkten und indirekten wirtschaftlichen Auswirkungen auf Entwicklungsländer in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden. Die Preissteigerungen in Folge des Kriegs stellen viele Entwicklungsländer hinsichtlich der Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung vor große Herausforderungen. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass durch die Preisanstiege rund 40 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut abrutschen werden.<sup>36</sup> Wie so oft treffen die Auswirkungen dabei ärmere und importabhängige Länder sowie die ärmsten Teile der Bevölkerung in diesen Ländern am härtesten, die auf internationale Unterstützung angewiesen sein werden.

Schließlich stellt die Krise hinsichtlich der bereits seit der Pandemie stark ansteigenden Verschuldung vieler Entwicklungsländer ein weiteres Risiko dar. Höhere Preise für viele Güter werden insbesondere Länder treffen, die von Importen abhängig sind. Bereits vor dem Krieg waren bspw. 20 afrikanische Länder hoch verschuldet.<sup>37</sup> Darüber hinaus werden steigende Weltmarktpreise und die zu erwartende Anspannung auf finanziellen Märkten die Kosten für Kredite insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer noch weiter erhöhen. Die aktuellen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zum Schuldenmanagement – u.a. im Rahmen der G20 – sind diesen Herausforderungen sehr wahrscheinlich nicht gewachsen und müssen entsprechend ausgeweitet werden.

Neben den Auswirkungen auf Entwicklungsländer und die Unterstützung im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe sollte auch ein Blick auf die Effekte auf multilaterale Zusammenarbeit und die Beziehungen mit Partnerländern geworfen werden.

Von vielen Beobachtern im globalen Süden wird – neben großer Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung – der wahrgenommene Doppelstandard hinsichtlich der Anteilnahme und der Hilfs- und Aufnahmebereitschaft in Europa im Vergleich mit anderen Krisen kritisiert. Diese Unterschiede im Umgang mit verschiedenen Krisen und Flüchtlingsbevölkerungen wird als

Ausdruck eines Glaubwürdigkeitsproblems Europas im Umgang mit seinen Partnerländern weltweit gesehen. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Partnerschaften und das Vertrauen in Europa als Partner für Länder des globalen Südens sollten dabei nicht unterschätzt werden.

Dies ist insbesondere auch vor dem Hintergrund des wachsenden Einflusses von Ländern wie China, aber eben auch Russland, in vielen Entwicklungsländern besonders bedenklich, die oft gezielt das Narrativ des unzuverlässigen und selbstinteressierten Westens bedienen. So scheint bedauerlicherweise wenig überraschend, dass bei der Abstimmung in der UN-Generalversammlung zu einer Resolution, die den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verurteilt, sich u.a. zahlreiche afrikanische Staaten der Stimme enthielten. Für die Partnerschaften mit Europa und die multilaterale Zusammenarbeit ist dies ein vernichtendes Signal.

## Fazit

1. Die Anstrengungen Deutschlands bei der Überwindung der Rohstoff-Abhängigkeit von russischen Energieträgern als Folge des Kriegs offenbaren, dass bei der berechtigten Suche nach neuen Lieferanten für die Substituierung der russischen Energieträger dieses Problem durch Partnerschaften mit den Autokratien am Golf nur bedingt gelöst werden kann. Die Diversifizierungsbemühungen für eine sichere und resiliente Energieversorgung gilt es daher fortzusetzen, um die Risiken möglichst breit zu streuen.
2. Dies bedeutet auch, die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, sich erneut in einseitige Abhängigkeitsverhältnisse wie etwa die mit Russland hinsichtlich Gas, Öl und Kohle zu begeben, sondern bei den kritischen Rohstoffen für Nachhaltigkeit wie Seltene Erden durch Diversifizierung der Lieferketten bzw. durch den verbesserten Einsatz von Sekundärrohstoffen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft die Versorgungssicherheit auch hier zu erhöhen. China ist zwar einer der wichtigsten, aber nicht der einzige Exporteur solcher Rohstoffe, die für den Ausbau klimafreundlicher Technologien zunehmend gebraucht werden.
3. Gleichzeitig gilt es neben einer sicheren Energieversorgung weiterhin die Weichen für mehr Klimaschutz und eine nachhaltige Grundlage der Versorgung zu stellen. Dies bedeutet, dass in der aktuellen Krise neben einem beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien sämtliche Optionen bei der Dekarbonisierung auf den Tisch gehören, um einerseits Deutschlands Klimaziele 2030 und die Klimaneutralität 2045 nicht aus den Augen zu verlieren, andererseits die durch den Krieg aktuell bedingten Unwägbarkeiten und Transformationskosten angemessen abzufedern.
4. Gleichermaßen bleibt zu hoffen, dass Deutschland trotz der sich abzeichnenden Verlagerung der Ausgabenschwerpunkte die strukturellen Reformen auf Ebene der WHO weiterhin zielorientiert verfolgt. Deutschland sollte daher im Bereich Gesundheit seine G7-Präsidentschaft für die Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Corona-Pandemie nutzen, um zu einer resilienteren globalen Gesundheitsarchitektur mit der WHO als Schlüsselakteur beizutragen. Davon abgeleitet ermöglicht eine finanziell solide ausgestattete WHO auch die Weichenstellung für eine verbesserte Versorgung in Kriegs- und Krisengebieten jetzt und in naher Zukunft.
5. Der Krieg in der Ukraine hat auch zu einer Debatte über einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik geführt. Da bei einer weiteren Verschärfung der Krise auf den Agrarmärkten anzunehmen ist, dass die Europäische Kommission eine Nachjustierung nicht wird vermeiden können,

könnten Regelungen und die Zeiträume flexibler gehandhabt werden. Das bedeutet nicht, dass damit der European Green Deal ausgesetzt werden soll, allerdings wäre eine flexible und pragmatische Anwendung ausgewählter Zielvorgaben sinnvoll, um die aktuelle Krise besser zu meistern.

6. Die Lage in der Entwicklungszusammenarbeit zeigt: es wäre verfrüht zu glauben, dass das in Deutschland und der EU vorherrschende Narrativ einer „Zeitenwende“ für alle Staaten weltweit zutrifft. Als Beleg dient die erwähnte UN-Resolution zur Verurteilung des russischen Einmarschs in die Ukraine. Die 35 Enthaltungen bei der Abstimmung entfielen auf die beiden Atommächte China und Indien sowie auf Entwicklungs- und Schwellenländer, viele davon in Afrika. Dies kann als Hinweis dafür dienen, dass das Ergebnis nicht allein auf (system)-politische Differenzen zurückzuführen ist, sondern auch Ausdruck einer Entfremdung zwischen den westlichen Industriestaaten und Ländern des Globalen Südens ist, deren Ursachen es offenzulegen und denen es nachzugehen gilt.

- 
- <sup>1</sup> [Sanktionen: Einstieg in den EU-Energieboykott bei Kohle? | Europa | DW | 06.04.2022](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>2</sup> [EU beschließt fünftes Sanktionspaket gegen Russland \(europa.eu\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>3</sup> [Joint European action for more affordable, secure energy \(europa.eu\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>4</sup> Paket mit Gesetzgebungsvorschlägen, die Korrekturen an bestehenden EU-Richtlinien und Verordnungen sowie neue Maßnahmen zur Erreichung der EU-Klimaziele 2030 enthalten.
  - <sup>5</sup> [USA sagen EU deutlich mehr Flüssigerdgas zu - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>6</sup> <https://www.zfk.de/energie/gas/angebot-fuer-Ing-koennte-mitte-der-2020er-knapp-werden> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>7</sup> [Wirtschaftsbeziehungen: Habeck vereinbart Energiepartnerschaft mit Katar | tagesschau.de](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>8</sup> [Reaktion auf Krieg in Ukraine: Belgien will Atomausstieg verschieben | tagesschau.de](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>9</sup> [Tschechien setzt auf Atomkraft für Energiesicherheit \(faz.net\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>10</sup> [Die Welt in der Energiekrise – Morning Briefing Plus \(handelsblatt.com\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>11</sup> [EZB: 7 Prozent Inflation in der Eurozone sind möglich \(faz.net\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>12</sup> [Convention on the Prohibition of Military or Any Other Hostile Use of Environmental Modification Techniques, ENMOD-Convention, Ch\\_XXVI\\_01p.pdf \(un.org\) UNTC](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>13</sup> [Treaties, States parties, and Commentaries - Additional Protocol \(I\) to the Geneva Conventions, 1977 - 35 - Basic rules \(icrc.org\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>14</sup> [Verseuchte Böden und Flüsse - Enorme Umweltschäden durch den Krieg in der Ukraine | deutschlandfunkkultur.de](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>15</sup> [Ukraine: Wie Kriege die Umwelt schädigen - Institut der deutschen Wirtschaft \(iwkoeln.de\)](#) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>16</sup> Farm Europe (2022): Food Security: Back at the top of the European Political Agenda. <https://www.farm-europe.eu/news/food-security-back-at-the-top-of-the-european-political-agenda/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>17</sup> Carsten Dierig (2022): Kriegsfolgen verteuern Fleisch und Wurst deutlich. In: Die Welt 52/2022 vom 15.03.2022: 12.
  - <sup>18</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/hunger-lebensmittel-russland-ukraine-krieg-100.html> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>19</sup> <https://www.spektrum.de/news/ukraine-hoehere-preise-fuer-europa-hunger-fuer-afrika/1997932> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
  - <sup>20</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/hunger-afrika-russland-ukraine-krieg-100.html> [letzter Zugriff: 12.04.2022].

- <sup>21</sup> Bert Fröndhoff / Katrin Terpitz: Nahrungsmittelkrise in Afrika droht. Fast ein Drittel der Weizenexporte kommt aus der Ukraine oder Russland. Besonders für arme Länder wird das zum Problem. In: Handelsblatt 44/2022 vom 03.03.2022: 19.
- <sup>22</sup> Daniel Stelter: EU muss Hungerkrise abwenden. Durch die Ukraine Krise droht Weizenknappheit. Sie könnte Soziale Unruhen bringen. In: Handelsblatt 46/2022 vom 07.03.2022: 12.
- <sup>23</sup> Patrick Liste (2022): Kommentar: Hunger als Machtmittel. In: top agrar online vom 04.04.2022. <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/kommentar-hunger-als-machtmittel-13066311.html> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>24</sup> Gerardo Fortuna: Timmermans warnt vor Lockerung der Green Deal Ziele wegen Ernährungssicherheit (übersetzt von Martin Herrera Witzel). In: Euractiv vom 08.03.2022. <https://www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernaehrung/news/timmermans-warnt-vor-lockerung-der-green-deal-ziele-wegen-ernaehrungssicherheit/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>25</sup> <https://healthpolicy-watch.news/united-states-fast-tracks-world-health-assembly-proposal-to-change-global-emergency-response-rules/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>26</sup> <https://healthpolicy-watch.news/second-anniversary-covid-19/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>27</sup> Aktuelle Zahlen und Informationen z.B. Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen unter: [https://extranet.who.int/ssa/LeftMenu/Index.aspx?utm\\_source=Stopping%20attacks%20on%20health%20care%20QandA&utm\\_medium=link&utm\\_campaign=Link\\_who](https://extranet.who.int/ssa/LeftMenu/Index.aspx?utm_source=Stopping%20attacks%20on%20health%20care%20QandA&utm_medium=link&utm_campaign=Link_who) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>28</sup> <https://www.euro.who.int/de/media-centre/sections/statements/2022/whoeurope-statement-on-ukraine-24-february-2022>, Artikel 12 des 1. Zusatzprotokolls der Genfer Konventionen: Treaties, States parties, and Commentaries - Additional Protocol (I) to the Geneva Conventions, 1977 - 12 - Protection of medical units (icrc.org) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>29</sup> WHO 2021 Health Emergency Report: [https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/situation-reports/emergency-situation-in-ukraine-situation-report-1.pdf?sfvrsn=bee2058b\\_5&download=true](https://www.who.int/docs/default-source/coronaviruse/situation-reports/emergency-situation-in-ukraine-situation-report-1.pdf?sfvrsn=bee2058b_5&download=true) [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>30</sup> Beispielsweise auch Tuberkulose-Patienten. Die Ukraine weist die vierthöchste TB-Inzidenz in ganz Europa auf, wovon viele an antibiotikaresistenter TB leiden. Siehe mehr hierzu: <https://www.euractiv.de/section/gesundheit/news/corona-und-ukraine-krieg-machen-erfolge-bei-tuberkulosebekaempfung-zunichte/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>31</sup> <https://www.who.int/news/item/27-02-2022-dangerously-low-medical-oxygen-supplies-in-ukraine-due-to-crisis-warn-who-director-general-and-who-regional-director-for-europe> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>32</sup> WFP 2022: Food security implications of the Ukraine conflict, März 2022.
- <sup>33</sup> Chadwick, Vince 2022: EU aid chief vows not to neglect other crises amid Ukraine needs, 1. März 2022, Dexev: in: <https://www.dexev.com/news/eu-aid-chief-vows-not-to-neglect-other-crises-amid-ukraine-needs-102767> [letzter Zugriff: 23.03.22].
- <sup>34</sup> Fox, Benjamin 2022: fears grow that Ukraine aid could come at expense of other crises, 18. März 2022, EURACTIV, in: <https://www.euractiv.com/section/development-policy/news/fears-grow-that-ukraine-aid-could-come-at-expense-of-other-crises/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>35</sup> Aljazeera 2022: UN aid drive to avert Yemen catastrophe falls far short, 16. März 2022, in : <https://www.aljazeera.com/news/2022/3/16/un-aid-drive-to-avert-yemen-catastrophe-falls-far-short> [letzter Zugriff: 12.04.2022].

- <sup>36</sup> Mitchell, Ian; Hughes, Sam; Huckstep, Sam 2022: Price Spike Caused by Ukraine War Will Push Over 40 Million into Poverty: How Should We Respond?, 18. März 2022, Center for Global Development, in: <https://www.cgdev.org/blog/price-spike-caused-ukraine-war-will-push-over-40-million-poverty-how-should-we-respond> [letzter Zugriff: 12.04.2022].
- <sup>37</sup> ONE 2022: Data Dive: How Russia's invasion of Ukraine will impact Africa, in: <https://www.one.org/africa/issues/covid-19-tracker/explore-ukraine/> [letzter Zugriff: 12.04.2022].

## Impressum

### Die Autorinnen und Autoren

Alle Autorinnen und Autoren gehören der Abteilung Agenda 2030 in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der KAS an:

André Algermißen – Referent für Klima, Landwirtschaft und Umwelt

Gisela Elsner – Referentin für Grundsatzfragen Nachhaltigkeit

Veronika Ertl – Referentin für Entwicklungspolitik

Moritz Fink – Referent für Globale Gesundheit

Kevin Oswald – Referent für Energie und Ressourcen

Sabina Wölkner – Leiterin Abteilung Agenda 2030

### Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

#### Sabina Wölkner

Leiterin Agenda 2030

[sabina.woelkner@kas.de](mailto:sabina.woelkner@kas.de)

T +49 30 / 26 996-3522

*Koordination der Publikationsreihe:*

#### Gisela Elsner

Referentin Grundsatzfragen Nachhaltigkeit

[gisela.elsner@kas.de](mailto:gisela.elsner@kas.de)

T +49 30 / 26 996-3759

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).